

## **Antrag Nr. 03-F-02-0043**

### **CDU-Fraktion**

---

#### **Betreff:**

Soforthilfe für die Kommunen - keine weitere Vertröstung der Städte  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 06.09.2003 -

#### **Antragstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass bis heute nicht erkennbar ist, wie eine Reform der Gewerbesteuer aussehen soll, die nach den Plänen der Bundesregierung gleichwohl aber zum 1. Januar 2004 in Kraft treten soll.

Da die Kommunen erkennbar vor ihrer größten finanziellen Herausforderung 2004 und 2005 stehen, fordert die Stadtverordnetenversammlung Bundes- und Landesregierung auf, entweder eine umgehende Einigung bei der Gewerbesteuer nach Vorstellungen der Kommunen zu erzielen, oder –als Übergangslösung- die Gewerbesteuerumlage auf den Stand von 2000 zu reduzieren (dies entspricht etwa einer Reduktion von 20 Prozent) und den kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer von 2,2 Prozent auf 3 Prozent zu erhöhen. Damit könnte 2004 eine grundlegende Reform der Gewerbesteuer erarbeitet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung befürchtet, dass eine langwierige Beratung der Reform der Kommunalfinanzen im Hinblick auf die zur Verabschiedung eines solchen Gesetzes notwendigen parlamentarischen Abläufe (1. Bundestagslesung, 2. Bundestagslesung, 1. Bundesratsdurchgang, 2. Bundesratsdurchgang, Vermittlungsausschuss, 3. ggf. Vermittlungsausschuss, 3. Bundestagslesung) die rechtzeitige Umsetzung unmöglich machen könnte, sofern es Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat nicht umgehend gelingt, einen allgemein zustimmungsfähigen Entwurf zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet das Land Hessen, in den anstehenden Verhandlungen diese Position zu unterstützen.

#### **Begründung:**

Wiesbaden, 06.10.2003

Bernhard Lorenz  
Fraktionsvorsitzender

Dr. Sven-Uwe Schmitz  
Fraktionsgeschäftsführer